

Amok-Ali und der einheimische Schweizer

Eigentlich schreibt der Berufskodex der Journalistinnen und Journalisten vor, dass in der Kriminalberichterstattung die Nationalität von Tätern oder Tatverdächtigen nur genannt werden soll, «wenn es für das Verständnis notwendig ist». In Wirklichkeit werden diese Angaben heute fast durchgehend gemacht. Auch wenn dies im Einzelfall keine Diskriminierung darstellt, besteht die Gefahr, dass damit bestehende Vorurteile verstärkt werden. Eine grundsätzliche Diskussion zu diesem Thema scheint notwendig zu sein.

die dann von den Zeitungen aufgenommen werden. Sie beschränken sich meistens auf den Vorfall, beleuchten also das Wie, Wann und Wo. Während sich zum Warum meistens noch gar nichts sagen lässt, gibt es häufig ein paar rudimentäre Angaben zum Wer. Seit einigen Jahren erfährt die Leserschaft nicht nur das Alter eines Täters oder eines Tatverdächtigen, sondern auch seine Nationalität. Was 1980 noch die Ausnahme war (etwa wenn eine Autoknackerbande aus einem osteuropäischen Land gefasst werden konnte), ist seit den neunziger Jahren zum Standard geworden. Wir erfahren, ob der Raser auf der Autobahn ein «Italiener auf der Durchreise» oder ein hier lebender junger Neulenkler «aus dem Balkan» war. Wir erfahren, dass der Bankräuber Deutsch «mit ausländischem Akzent» sprach oder «vorgab, nur Spanisch zu sprechen».

Was bei Fahndungen und Zeugenaufrufen schon immer sinnvoll und nötig war, nämlich die möglichst genaue Beschreibung des oder der Gesuchten, wurde zur Routine, die kaum mehr hinterfragt wird. Daraus ergeben sich auch neue, mehr oder weniger geglückte Wortschöpfungen. Der Algerier, der in Erstfeld zwei Schweizer mit einem Messer getötet und einen verletzt hatte, wurde vom Blick auf «Amok-Ali» getauft. Und weil es zu kompliziert – und manchmal auch kaum möglich – ist, die Nationalität von Personen aus jenem Gebiet, das einst Jugoslawien war, zu benennen, behelfen sich Redaktorinnen und Redaktoren mit Umschreibungen wie «Balkanjugendliche» oder «Jugoslawen-Typ». Vermehrt werden auch komplexe Herkunftskonstellationen in solchen Meldungen abgebildet: So wurde in Chiasso ein «Zürcher Wirt mit malaiischen Wurzeln» verhaftet. Während in einer Zeitung ein «eingebürgerter Türke» der Tat verdächtigt wurde, schien andernorts «ein Schweizer ausländischer Herkunft» auf. Man kann also nicht sicher sein, dass ein Schweizer schon immer Schweizer war. Wohl um keine

8
1
Zeitungsleserinnen und -leser sind grundsätzlich neugierige Menschen. Sie wollen jeden Tag Neues erfahren. Und auch jene, die sich vorgeblich nur für Politik oder den Sport interessieren, beweisen beim Pausenkaffee, dass auch sie die «Vermischten Meldungen», die «Letzte Seite», respektive die Rubrik «Unglücksfälle und Verbrechen» gelesen haben. Man möchte wissen, warum der Bahnhof nach Feierabend vorübergehend abgesperrt wurde oder wer tödlich in jener Kurve verunglückt ist, wo seit gestern Blumen liegen und Kerzen brennen. Unsere Neugierde beschränkt sich aber nicht auf Vorfälle, die wir mehr oder weniger direkt erlebt haben. Die Polizeistellen der Deutschschweiz veröffentlichen jeden Tag ein bis mehrere Dutzend Meldungen (vom Sturz eines Motorradfahrers auf der Passstrasse über nächtliche Sprühaktionen bis zum Abschluss eines Ermittlungsverfahrens über Altmetall-Diebstahl),

Spekulationen um die Herkunft aufkommen zu lassen, erfand jemand beim TV-Magazin «Schweiz aktuell» die Bezeichnung «einheimischer Schweizer» für einen Betrüger.

Wie sinnvoll sind solche Herkunftsbezeichnungen? Bei den Polizeisprechern scheint man sich einig zu sein: Seit 2005 gilt die Regel, dass Alter und Nationalität nach Möglichkeit genannt werden sollten; im Sinne grösstmöglicher Transparenz. Gegenüber der Aargauer Zeitung meinte der Präsident des Dachverbandes der Polizeisprecher allerdings, dass bei eingebürgerten Tätern die frühere Nationalität nicht zu nennen sei: «Eingebürgerte Ausländer sind Schweizer. Alles andere würde zu weit führen.»

Politische Vorstösse in mehreren Kantonen zeigen, dass mit der Nennung der Nationalität bei Kriminellen oder Unfallverursachern Politik zu machen ist. In Solothurn lehnte das kantonale Parlament knapp einen Vorstoss ab, der die Polizei verpflichtet hätte, die Nationalität immer zu nennen. Die SVP des Kantons Zürich geht noch weiter: Sie will, dass die frühere Staatsbürgerschaft von Eingebürgerten aufgeführt werden muss, wenn die Einbürgerung weniger als zehn Jahre zurückliegt. Der Berner Gemeinderat hatte die Frage zu beantworten, ob der Begriff «Balkantyp», der in einer Polizeimeldung verwendet worden war, diskriminierend oder legitim sei. Er befand, dass der Begriff «unzweckmässig und heikel» sei, «da er keine Erkenntnis über spezifische Kennzeichen einer Person vermittelt, sondern auf Stereotypen und damit auf Vorurteilen beruht».

Vorurteile können verstärkt werden

Der Schweizer Presserat (eine Beschwerdeinstanz für medienethische Fragen) hat sich schon mehrfach mit diskriminierenden Begriffen in der Kriminalberichterstattung befasst. Sein Präsident, der frühere Tages-Anzeiger- und Fernseh-Chefredaktor Peter Studer, schrieb in einem Aufsatz, dass man sich dabei «zwischen Diskriminierung und Political Correctness» bewege. Es gelte, eine Güterabwägung vorzunehmen. Was ist wichtiger: das Diskriminierungsverbot oder die Pflicht, die Öffentlichkeit zutreffend und kritisch zu informieren? Der Presserats-Präsident stellt fest, dass in die Überlegungen auch «journalistische Berufswerte wie die Präzision der journalistischen Beschreibung, die Frühwarnaufgabe der Medien und die Offenheit des demokratischen Diskurses» einzubeziehen seien. «Solche Gründe können die Zuschreibung einzelner Straftaten oder Tatgruppen an nationale und ethnische Minderheiten rechtfertigen.»

Elsbeth Steiner ist Informationsbeauftragte der Eidgenössischen Ausländerkommission EKA.

Les préjugés se renforcent

Le code déontologique des journalistes veut que, dans les articles rapportant des actes délictueux, l'on ne fasse mention de la nationalité des auteurs de délits ou de suspects que si elle est «nécessaire à la compréhension». Aujourd'hui, en réalité, ces données y figurent presque constamment. Même si cette pratique ne constitue pas dans le cas particulier une forme de discrimination, le danger existe néanmoins de renforcer ainsi les préjugés existants. Une discussion fondamentale sur ce thème semble dès lors nécessaire.

Der Berufskodex der Medienleute, «die Erklärung der Pflichten und Rechte der Journalistinnen und Journalisten» hält unter Punkt 8 fest: «Sie (die Journalistinnen und Journalisten) respektieren die Menschenwürde und verzichten in ihrer Berichterstattung in Text, Bild und Ton auf diskriminierende Anspielungen, welche die ethnische oder nationale Zugehörigkeit, die Religion (...) zum Gegenstand haben.» In den begleitenden Richtlinien wird ergänzt, dass bei Berichten über Straftaten Angaben über ethnische Zugehörigkeit, Religion etc. nur gemacht werden dürfen, «sofern sie für das Verständnis notwendig sind». Bis 2001 lautete die Formulierung: «für das Verständnis unerlässlich».

Eine Diskussion ist nötig

Wer heute die Zeitung liest, erhält den Eindruck, keine Journalistin, kein Redaktor kümmere sich um den Kodex in Sachen Kriminalberichterstattung. Kaum jemand wagt es, aus einem Polizeibericht die ethnische Zugehörigkeit herauszustreichen. Denn die anderen Medien bringen diese Information. In vielen Fällen sind diese Angaben auch nicht diskriminierend – aber trotzdem fragwürdig. Denn sie können bestehende Vorurteile gegenüber Minderheiten verstärken. Darüber müsste dringend diskutiert werden: in Redaktionssitzungen und in der Öffentlichkeit. Die bestehenden Regeln müssen überdacht, vielleicht neue Regeln ausgehandelt werden. Auch in der Ausbildung sollte diesem Thema mehr Beachtung geschenkt werden. Dann würde jungen Medienschaffenden vielleicht eher bewusst, dass man bei ausländischen Tätern oder Tatverdächtigen vor allem die Herkunft nennt, bei einheimischen jedoch zusätzliche Informationen aus dem persönlichen Umfeld gibt, welche die Tat «erklären». Eine Redaktion müsste eigentlich periodisch überprüfen, ob sie in diesem Bereich gleichberechtigt informiert. Und ganz sicher ist eine Diskussion darüber zu führen, ob man bei Eingebürgerten wirklich die frühere Staatszugehörigkeit nennen soll. Und wie sieht es eigentlich mit der Opferseite aus? Nennt man konsequent die Nationalität der Täter, müsste man dies nicht auch bei den Opfern tun?

Médias et criminalité des étrangers

Depuis trois à quatre ans, la variable immigration a pris une ampleur grandissante dans la définition de la délinquance. Quelles en sont les raisons? La criminalité en Suisse a-t-elle changé? La part des étrangers a-t-elle augmenté comme le semble faire croire les médias?

Les communiqués de police

Dans les cas de faits divers, la principale raison de la diffusion d'un communiqué de police est la recherche de témoins ou l'appel à témoin. Dans ces cas, la description du signalement doit être d'une parfaite correction. Mais cet exercice de style n'est pas simple. Les termes techniques tels que «de type mélanoderme» ou «xanthoderme» ne sont pas appropriés car non compris du public. Dès lors, comment décrire un individu du Sri Lanka ou d'Asie du Sud Ouest? Pour un Algérien ou un Marocain, faut-il préciser «individu à peau basanée» ou «d'Afrique du Nord»? Rien n'est uniformisé au niveau des polices suisses, si bien qu'il existe bel et bien une forme de discrimination. Si pour un Africain l'expression «personne de race noire» est encore courante, il ne viendrait jamais à l'idée d'un policier d'indiquer «individu de race jaune» pour un Japonais ou un Chinois, mais plutôt «de type asiatique».

Lorsque dans des lieux publics, il se produit des affaires graves nécessitant une action policière, il n'y a souvent pas à proprement parler nécessité d'information. Mais l'évaluation de la situation laisse penser que les médias seront tôt ou tard informés de l'événement. C'est dans ce contexte que la nationalité d'un suspect figure dans la description des protagonistes interpellés par la police. Même si cette donnée n'a pas d'intérêt par rapport à l'enquête en cours, les journalistes vont systématiquement se renseigner à ce sujet. Dès lors, la police l'indique d'office pour ne pas être assiégée au téléphone. Actuellement, cette question prend une nouvelle dimension. En avril 2007, après que le public eût appris que le tireur-fou de Baden était un Irakien naturalisé suisse, il s'est engagé un débat politico-médiatique sur la naturalisation et sur la criminalité des étrangers naturalisés. Depuis, l'intérêt des journalistes pour l'indication de la naturalisation s'est confirmé. Cela prouve l'énorme influence du débat politique sur l'information et sur sa qualité.

Il est fréquemment question dans les communiqués de police d'atteintes à l'intégrité physique, d'homicides, d'affaires de brigandages ou de mœurs. La population n'ayant pratiquement que la source policière pour s'informer au sujet de cette criminalité, elle y trouve un grand intérêt. C'est cet intérêt de l'opinion qui pousse les médias à faire un véritable business de ces affaires. La tendance actuelle est d'écrire non pas un article informatif sur un fait divers mais de produire plusieurs articles sur le même événement. Par conséquent, le citoyen va nourrir son anxiété à la lecture de cette suite d'articles et construire un faux modèle de criminalité en ne se rendant pas compte que le fait divers est sorti du contexte de la réalité criminelle. En effet, les indicateurs tels que la fréquence de ce type d'infraction et son évolution au fil des années ainsi que les profils divergents des auteurs d'infractions passés sous silence. C'est ainsi que se construisent les fausses hypothèses, les amalgames ou les processus de stigmatisation. Un exemple frappant est l'affaire de Rhäzüns lorsque deux jeunes, originaires du Kosovo, âgés de 10 et 13 ans, avaient abusé sexuellement d'une fillette de 5 ans en juin 2006. Le ministre de la Justice et de la Police Christoph Blocher s'était exprimé plusieurs fois à propos de ce fait divers en déclarant «qu'un grand nombre d'auteurs sont des jeunes étrangers mal intégrés, notamment issus des Balkans». Or, un bref coup d'œil à la statistique des condamnations de mineurs montre que sur 132 jeunes de moins de 18 ans condamnés durant l'année 2005, 88 étaient de nationalité suisse et 44 de nationalité étrangère. Une telle exploitation politique d'un fait divers est donc susceptible de créer une fausse représentation de la criminalité parmi la population, ce d'autant plus que la source de l'information vient d'une source officielle.

La machine s'emballa

Lorsqu'un fait divers choquant est médiatisé, il se produit fréquemment un triple effet: un regain d'intérêt médiatique, un emballement de la police à communiquer, et un débat politique thématique permettant de prendre position et de proposer des mesures allant jusqu'à des modifications législatives. Il a suffi de l'affaire de Rhäzüns, d'une affaire de mœurs dans une école à Seebach en novembre 2006, de violences à Monthey en janvier 2007, de «viols» à Schmiten en mars et à Kloten en avril 2007, pour faire l'amalgame entre «abus sexuel et défaut d'intégration des étrangers» et pour stigmatiser le concept «violence-des-jeunes étrangers». Alors qu'il existe environ dix mille affaires mettant en scène des délinquants mineurs chaque année en Suisse, ces cinq affaires très médiatisées ont suffi à

Olivier Guéniat est né à Porrentruy. Diplômé ès police scientifique et criminologie de l'Université de Lausanne, il est le chef de la Police de sûreté neuchâteloise depuis 1997. Olivier Guéniat a publié différents ouvrages sur des thèmes liés à la délinquance.

I migranti nell'occhio del mirino

Da tre o quattro anni a questa parte, la variabile dell'immigrazione ha assunto una rilevanza sempre maggiore nella definizione della delinquenza. Quali sono i motivi di tale tendenza? La criminalità in Svizzera è cambiata? La proporzione di stranieri è aumentata come vorrebbero far credere i media? L'ansia della popolazione di fronte alla delinquenza non fa che aumentare, come pure il nesso di causalità tra criminalità e delinquenti stranieri. Perché negli ultimi anni è andato scavandosi sempre più profondamente il fossato tra percezione della criminalità e evoluzione della realtà criminale o, più esattamente, approssimazione statistica di tale evoluzione? La risposta risiede in gran parte e indubbiamente nel contenuto dell'informazione diffusa dai media, i quali costituiscono in tale contesto un vettore pressoché monopolistico. Infatti, il cittadino trova proprio nei media l'essenziale della materia prima che gli consente di farsi un'immagine della delinquenza.

relancer fortement le débat politique sur l'intégration des étrangers. Des propositions de mesures radicales ont été formulées comme l'expulsion des mineurs délinquants avec l'ensemble de leurs familles ou encore la prison pour les moins de 15 ans. Or, indépendamment du fait que de telles mesures sont probablement contraires aux droits fondamentaux sur lesquels s'appuient nos principes démocratiques, elles n'auraient pour ainsi dire aucune influence sur la criminalité en Suisse. En effet, la sévérité n'influence quasiment pas le nombre de crimes et délits graves, comme nous le montre l'exemple des Etats-Unis où la peine de mort ne prévient pas l'homicide. Par ailleurs, l'expulsion de quelques adolescents, avec leur famille ou non, ne permettra pas d'empêcher des affaires du type de celles de Rhäzüns, Seebach ou Schmiten. Enfin, la statistique des condamnations des mineurs permet de se rendre compte que la situation n'est pas aussi grave que la médiatisation des faits divers le fait croire. Le nombre total de mineurs condamnés à une peine de prison de plus de six mois sans sursis était de 296 individus seulement en 2005 sur 14 106 jugements. Sur ce nombre seulement 3% l'ont été à plus de six mois. Ainsi, si les délits étaient aussi graves que l'on pourrait le présumer en lisant les journaux, il y aurait bien plus de mineurs condamnés à des peines lourdes. Dans le même ordre d'idées, ces 296 individus ne représentent que 0,3% des 950 000 mineurs vivant en Suisse. On l'aura compris, le débat est biaisé et nécessite une remise à plat que permettra peut-être le nouveau modèle de statistique policière à partir de 2010.

20 A l'examen de la statistique policière suisse de la criminalité, seule source d'information permettant une étude sur plus de dix ans, la part des étrangers dénoncés pour avoir commis un délit en Suisse était de 49,4% en 2006, soit le minimum jamais atteint depuis dix ans, le maximum ayant culminé en 2003 avec 55,3%. Parallèlement, la criminalité est en net recul depuis 1997. Alors que cette année-là, le taux d'infractions était de 47,6 pour 1000 habitants, il a diminué à 38,4 pour 1000 habitants en 2006. Et pourtant l'anxiété de la population face à la délinquance ne cesse de croître, de même que le lien de causalité entre criminalité et délinquants étrangers. Pourquoi un tel fossé s'est-il creusé ces dernières années entre la perception de la criminalité et l'évolution de la réalité criminelle ou, plus précisément, l'approximation statistique de cette évolution? Une grande partie de la réponse se trouve sans doute possible dans le contenu de l'information diffusée aux citoyens par les médias, vecteur quasi monopolistique dans ce domaine. En effet, c'est par les médias que les gens puisent l'essentiel de la matière première leur permettant de se faire une représentation de la délinquance.